



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Asylsuchende aus sogenannten sicheren Herkunftsländern sollen keine Arbeitsverbote erhalten.

Aktuell seit 30.06.2026 17:20:30

Angegeben von:

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. (R001215) am 30.06.2026

Beschreibung:

Wir setzen uns gegen die Ausweitung bzw. Verfestigung von Beschäftigungsverboten für Asylsuchende und Geduldete aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ein.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4081 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

1. Zuständiges Ministerium: BMJV [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: BMI [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6393 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 21/4081 - Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft - b) zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Stephan Brandner, Tobias Matthias Peterka, Rainer Galla, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 21/4264 - Entwurf eines Gesetzes zur Reform der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften

Betroffene Interessenbereiche (3)

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Integration [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]